

# Das superrote Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

# KPÖ



## Mehr Demokratie – aber wie?

Die ÖVP schwört auf das Internet. Die FPÖ will auf dem Hauptplatz Gemeinderatssitzungen unter freiem Himmel.

Mehr Demokratie ist angesagt. Aber die Rezepte dafür sind mehr als dünn. Gemessen am Publikum auf der Besuchergalerie des Gemeinderates ist das

Interesse sehr gering. Aber was sind die Ursachen dafür? Die heftigen Gefechte zwischen SPÖ und ÖVP finden offenbar wenig Interesse. Viele Bürge-

rinnen haben das Gefühl, dass ihre Anliegen nicht ernst genommen werden. Etwa als 2010 eine BürgerInneninitiative versuchte, die über eine Million Euro teure Stadtwache zu verhindern. Es war die erste derartige Initiative seit mehr als einem Jahrzehnt.



**Gerlinde Grün**  
KPÖ-Gemeinderätin

## Unser Schutzschirm heißt Solidarität

Warum gibt es Rettungsschirme für Banken, aber nicht für Menschen? Sind Banken wichtiger als Menschen?

Die einfachen Menschen habe die Krise nicht verursacht. Dafür zahlen sollen sie aber schon. Das Geld für die Banken reißt ein großes Loch in den Staatshaushalt. Geld für wichtige soziale Leistungen wird dafür gestri-

chen. Die Verarmung vieler wird so in Kauf genommen.

### **Es geht auch anders**

Geld für Menschen statt für Banken kann eine Energiegrundsicherung, Freifahrt auf allen Öffis oder eine armutsfeste Mindestpension bringen. Dafür muss man aber auch die Superreichen zur Kassa bitten. Profite und Millionenvermögen besteuern.

### Genug Platz für Autos in der Innenstadt?

In Linz kommen auf tausend Menschen über 500 PKW. Diese brauchen viel Platz, nicht nur zum Fahren. Dementsprechend groß ist die Debatte über Autostellflächen, Parkgebühren oder Bewohnerparken.



**Andrea Winter** Kultur- und Sportaktivistin

Die Debatte ist sinnlos und gesellschaftspolitisch überholt. Wir brauchen eine autofreie Innenstadt vom Hauptplatz, Graben bis zur Promenade. Freie Fahrt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Wichtig ist auch ein freundliches Straßen- und Wegenetz für FußgeherInnen und Radfahrende und generell weniger Autoverkehr in Linz.



**Gerald Mayer** Angestellter

In der Innenstadt sollen keine weiteren Parkplätze erstellt werden. Das Angebot ist jetzt schon zu groß. Steigt das Angebot wird der Verkehr noch mehr zunehmen. Wenn die Leute schwer einen Parkplatz finden, wird vielleicht mehr auf das Auto verzichtet werden. Wichtig ist, Alternativen zum Autoverkehr attraktiver zu machen.



**Leo Furtlehner** Journalist

Durch die Einführung der Parkgebühren in Linz im Jahr 1989 sollte sich der Verkehr verringern. Doch das rasante Wachstum der Autolawine hat diese Argumentation längst überrollt. Durch die Verdoppelung der Parkgebühren werden die Autofahrenden verstärkt in private Tiefgaragen getrieben. Für die Innenstadt sind Öffis das eindeutig bessere Angebot.

### Uni-Wahl 2013: Politik statt Service!

Alle zwei Jahre gibt es ein besonderes Spektakel, die Wahl der Hochschülerschaft (ÖH).

Vom 14. bis 16. Mai werden sich die Studierendenverbände von SPÖ und ÖVP und die unabhängige Studentenunion wieder eine Materialschlacht liefern. Um studienbezogene Inhalte oder gar Politik geht es dabei kaum. Vielmehr darum, wer den besseren Kaffee kocht, die schöneren Porträtfotos hat und das bessere Service bietet.

Die ÖH soll aber eine politische Interessenvertretung sein! Deswegen werden wir als linke Alternative gegen den Einheitsbrei

antreten. Wir beweisen, dass Uni-Politik gleich Gesellschaftspolitik ist. Wir zeigen auf, dass die Wirtschaft durch Drittmittel bewusst die Hochschulen für ihre Interessen vereinnahmen will.

Das ist die eigentliche Aufgabe der ÖH, erst dann kommt der Service. Für uns als kleine Fraktion ist das nicht leicht.

Dennoch gilt unser Motto „Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche!“



**Sven Janson**

Student an der Johannes Kepler Universität, Aktivist der Linken Liste Linz

## Mehr Demokratie im Rathaus und auch draußen

Warum in Linz so selten die Bürgerinnen und Bürger aktiv werden liegt an bürokratischen Hürden.



AktivistInnen der BürgerInneninitiative „Linz braucht keine Stadtwache“ bei der Übergabe der Unterschriften vor dem Alten Rathaus.

Für eine öffentlich angelegte Initiative braucht man die Unterschrift von 800 Wahlberechtigten. Diese Initiative kommt erst in den Gemeinderat, wenn dann innerhalb einer Woche 3.000 Wahlberechtigte zum Amt gehen. Daran scheiterte 2010 die Stadtwache-Initiative. Aber sie löste einen Diskussionsprozess aus. Aber auch künftig sollen immer noch 3.000 Unterschriften notwendig sein um ein Anliegen ins Stadtparlament zu bringen.

### Volksabstimmung erleichtert

Die bisher dem Gemeinderat vorbehaltene BürgerInnenbefragung soll künftig mit 6.000 Unterschriften eingeleitet werden. Eine Volksabstimmung mit 9.000 Unterschriften.

Und wenn 25 Prozent der Wahlberechtigten teilnehmen soll das Ergebnis verbindlich sein.

### Die KPÖ will darüber hinaus

- Schon mit rund 1.600 Unterschriften, was einem Gemeinderatsmandat entspricht, ist ein Anliegen vom Gemeinderat zu behandeln.
- Die Unterschriften müssen auch ohne Gang zum Amt geleistet werden können.
- Jedes Gemeinderatsmitglied soll allein Anträge stellen können.
- In den Ausschüssen sollen alle im Gemeinderat vertretenen Parteien beratend vertreten sein und nicht bloß geduldet sein.
- Die Vertraulichkeit von Ausschüssen und Stadtsenat soll abgeschafft, deren Sitzungen öffent-

lich werden.

- Alle Parteien sollen die Kontrollberichte erhalten, diese Berichte sind wie bei Bund und Land auch im Internet zu veröffentlichen.
- Abschaffung des Proporz im Stadtsenat: Durch eine klare Trennung von Regierung und Opposition verkleinert sich der Stadtsenat von acht auf fünf Mitglieder. Damit werden enorme Kosten erspart.

### Keine Menschen zweiter Klasse

Tausende Linzerinnen und Linzer, die keine österreichische oder EU-Staatsbürgerschaft haben, sollen das Wahlrecht und damit demokratische Mitsprache erhalten. Denn es soll keine Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse geben.

## Spitze Splitter aus dem Gemeinderat

### Der Fall Hauer

Robert Hauer ist ein wegen Waffenhandel verurteilter ehemaliger Gemeinderat der FPÖ und war bis Anfang 2010 Obmann des rechtsextremen Witikobundes. Sobald ein rechtskräftiges Urteil vorliegt, wird ihm die 2010 verliehene Ehrung vom Gemeinderat entzogen. Hauer's Verein wurde von der Stadt mit 10.647 Euro subventioniert. Dies teilte Bgm. Dobusch zu einer KPÖ-Anfrage mit.

### Endlich Frauenförderung

Am 7. März beschloss der Gemeinderat bei Stimmenthaltung von ÖVP, FPÖ und Ex-BZÖler Reiman die Koppelung von Auftragsvergaben an die Frauenförderung. Mit einer Anfrage hat die KPÖ im November 2011 zur Beschleunigung dieses Anliegens beigetragen.

### Skaterpark ungesetzlich

Unter der Ebelsberger Brücke hatten Jugendliche einen Skaterpark auf eigene Kosten errichtet. Im Herbst 2012 wurde diese Anlage abgerissen. Die KPÖ fragte nach. Bürgermeister Dobusch begründete diesen Abriß ganz formalistisch auf die Rechtslage beim Baurecht und Wasserrecht.

### Magistrat atypisch

Aufschlussreiches ergab eine KPÖ-Anfrage über atypische Beschäftigung im Magistrat. 28,2 Prozent der Beschäftigten arbeiten nur mehr in Teilzeit. In den letzten zehn Jahren wurden mehr als 147 Vollzeitarbeitsplätze in der Sparte Reinigung aus Kostengründen an Fremdfirmen übergeben.

## Kleidertausch statt Moderausch

Jedes getauschte Kleidungsstück ist ein Zeichen gegen Ausbeutung und Verschwendung.

Vielfach dokumentiert ist die Kleidungsproduktion in den unterentwickelten Ländern pure Ausbeutung. Die Arbeiterinnen werden mit Hungerlöhnen abgespeist und leiden unter fehlenden Sicherheitsvorkehrungen.

Den Käuferinnen dieser Kleidung ist dieser Umstand allerdings oft nicht bewusst. Viele Kleider, Schuhe und Zubehör liegen sogar unbenutzt in den Schränken. Viel zu viel wird im Kon-

sumrausch gekauft ohne wirklich gebraucht zu werden.

### Erfolgreiche Kleidertauschparty

Die Frauengruppe FRAGE veranstaltete daher zum diesjährigen Internationalen Frauentag eine Kleidertauschparty im Haus der KPÖ. Das Motto lautete: Tausche Kleidung, spare Geld und schenke Freude. Viele Frauen nutzten diese Gelegenheit modische Fehlkäufe gegen Brauchbares einzutauschen.

Die nächste Kleidertauschparty ist für November geplant.



## Gelebter Antifaschismus ist mehr als Gedenken

Am 7. März 2013 fand eine Gedenksitzung des Linzer Gemeinderats statt. Anlass war der 75. Jahrestag des Anschlusses Österreichs an Hitlerdeutschland.

Gemeinderätin Grönn verwies in ihrer Ansprache auf den Beitrag der KPÖ zur Befreiung vom Faschismus. Sie erinnerte an die zahlreichen im Widerstand ums Leben gekommene Kommunisten und Kommunistinnen. Stellvertretend nann-

te sie die Widerstandskämpferin Gisela Tschofenig-Taurer, die nur wenige Tage vor Kriegsende im Lager Schörghub ermordet wurde.

### Rechtsextremismus nicht verharmlosen

Die KPÖ-Gemeinderätin kritisierte aber auch den verharmlosenden Umgang mit gegenwärtig aktiven rechtsextremen Kräften. Dieser beschwichtigende Umgang widerspricht klar dem antifaschistischen Auftrag der zweiten Repu-

blik. Lobenswert sind die Aktivitäten der Stadt Linz, die Zeit des Nationalsozialismus und des Widerstands wissenschaftlich aufzuarbeiten.

Ungeachtet dessen stellte Gemeinderätin Grönn aber nach wie vor Schwierigkeiten im Umgang mit „braunen Flecken“ fest. Ein kritischer Umgang mit dem Pionierdenkmal und den Denkmälern für Jahn und Stelzhamer wird eingemahnt. Letztere waren durch ihren Antisemitismus geistige Wegbereiter des nationalsozialistischen Reichs.

Aktuell, Nummer 03, April 2013

Impressum: Medieninhaberin (Verlegerin), Herausgeberin: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon +43 732 652156, Mail ooe@kpoe.at, Web ooe.kpoe.at; Konto Oberbank 480 2195 00 (BLZ 15.000); Druck: digitaldruck.at, Leobersdorf. Fotos: Scheinost, Archiv



### Antwortkarte (oder E-Mail an: ooe@kpoe.at)

Ja, ich bin interessiert, schickt mir Infomaterial:

(Gewünschtes ankreuzen, Absender nicht vergessen, Karte abtrennen und in den nächsten Postkasten werfen.)

Kommunalprogramm  Doku Henriette Haill  Folder Energiegrundsicherung

Probexemplar

„Café KPÖ“  „Volksstimme“  „Die Arbeit“

Kampagne „Freifahrt für alle!“

Flyer  Aufkleber  Button  Broschüre  Plakat A3

Newsletter an meine E-Mailadresse:

Name und Anschrift:

Porto  
zahlt  
Empfängerin

An die  
KPÖ-Linz  
Melicharstraße 8  
4020 Linz